

keit zu verstärken. Wir mußten feststellen, daß nicht wenige Parteifunktionäre in leichtfertiger Weise die Tätigkeit dieser Agenturen begünstigen. (Prozeß Brundert, Vorgänge in Magdeburg, Prozeß gegen Angestellte der früheren Raiffeisenorganisationen und andere.) Die Feinde versuchen, Angehörige der technischen Intelligenz nach dem Westen zu verschleppen, ohne daß die Parteileitungen und Grundorganisationen der Partei in den Betrieben die notwendigen Anstrengungen unternehmen, um das Verbindungsnetz des Gegners aufzudecken. Es findet in den Betrieben keine genügende Aufklärung der Belegschaft über die feindlichen Maßnahmen statt. Es gibt eine ganze Anzahl Fälle von Sabotageakten und Brandstiftungen, die von unseren Genossen und von den Mitgliedern der staatlichen Organe nicht mit der notwendigen Energie und Genauigkeit untersucht wurden. Insbesondere die Brandstiftungen wurden fast nicht zum Anlaß genommen, die Bevölkerung über die Methoden des Gegners aufzuklären. Wir haben die Tatsache, daß volkseigene Betriebe, sogenannte Siedlungsgenossenschaften usw., Verbindungen zu den feindlichen Zentralen in den Westsektoren Berlins unterhalten. Es hat sich erwiesen, daß in den beiden bürgerlichen Parteien, in der CDU und LDP, die Spionagezentrale von Kaiser sich feste Stützpunkte geschaffen hat, ohne daß unsere Genossen sich bemüht haben, den fortschrittlichen Kräften in der CDU bei der Aufdeckung dieser Feinde zu helfen. Es gibt zahlreiche volkseigene und SAG-Betriebe, wo Personen ohne Kontrolle in den Betrieb gelangen konnten. In manchen Parteiorganisationen in wichtigen Industriegebieten und Großbetrieben sind frühere Mitglieder trotzkistischer Organisationen (Brandleristen, ISK-Leute usw.) tätig und führen in Form von Cliques ihre feindliche Tätigkeit in neuer Form weiter.

Diese mangelnde Wachsamkeit zeigt sich auch bei verantwortlichen Funktionären der Gewerkschaften und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Es ist deshalb notwendig, auch die Mitglieder dieser Organisationen über das im Dokument der Zentralen Parteikontrollkommission enthaltene Material zu informieren.

Wir ersuchen alle Grundorganisationen der Partei, ihre eigene Parteiarbeit zu überprüfen und in der Entschließung zu dem vorliegenden Dokument festzulegen, welche Maßnahmen in ihrem Tätigkeitsgebiet gegen die feindliche Tätigkeit getroffen werden sollen.

*Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*

Berlin, den 24. August 1950